



**ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.**

Antworten der SPD zum Fragenkatalog von Gastronomie-Geflüster

Die Gastronomie hat eine hohe Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung in der Tourismuswirtschaft. Die Betriebe sind überwiegend mittelständisch geprägt. Kleine und mittlere Unternehmen sind Herz und Motor der deutschen Wirtschaft.

Die SPD will einen starken Mittelstand in Deutschland. Wir haben dazu die steuerlichen Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessert, die Lohnzusatzkosten gesenkt und Investitionen angeregt, u.a. durch die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter. Mit der Unternehmenssteuerreform haben wir den Standort Deutschland insgesamt international wettbewerbsfähig und attraktiver gemacht. Wichtig für kleinere Unternehmen: Mit der Anhebung der Grenze für die Ist-Versteuerung im Umsatzsteuerrecht auf bundesweit einheitlich 500.000 Euro zum 1. Juli 2009 ist die Liquidität vieler kleiner Unternehmen weiter verbessert worden.

Mit drei Mittelstandentlastungsgesetzen haben wir gewaltige Fortschritte beim Bürokratieabbau für Unternehmen geleistet. Zahllose Berichterstattungspflichten wurden abgeschafft, Vollerhebungen wurden durch Stichproben abgelöst und Aufbewahrungsfristen wurden verkürzt oder ganz abgeschafft. Das entlastet besonders den Mittelstand.

Für die SPD wird der Mittelstand auch weiter im Blickpunkt ihrer Wirtschaftspolitik stehen. Zunächst geht es darum, Brücken über die Krise zu bauen. Mit einer „Allianz für den Mittelstand“ wollen wir mittelständische Unternehmen erfolgreich durch die Krise führen. Wir werden eine Task-Force beim Bundeskanzleramt einrichten und Wirtschaft, Gewerkschaften und Banken an einen Tisch holen, um Deutschlands strategische Erfolgsfaktoren über die Krise hinweg zu bewahren. Wir wollen Branchenstrukturen, Unternehmen und Belegschaften mit ihren Qualifikationen erhalten, sodass sie nach der Krise schnell wieder durchstarten können.

Zentrale Aufgabe in der aktuellen Situation ist, die Unternehmensfinanzierung sicher zu stellen, also die Kreditklemme zu bekämpfen. Ein staatlicher Kreditmediator soll als Ombudsmann mittelständischen Firmen helfen und zwischen den Programmen der Bundesregierung sowie den Banken und Unternehmen vermitteln.

Wir treten dafür ein, dass die staatliche „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) ihrerseits einen Beitrag zur Überwindung der Kreditklemme leistet – z. B. indem sie über die Hausbanken eigene Kreditangebote für den Mittelstand auf den Markt bringt. Gerade in Krisenzeiten mit niedrigen Preisen haben die Unternehmen eine Chance, ihre Produktionsanlagen (Maschinen, Fahrzeugpark etc.) kostengünstig zu erneuern. Auch hierfür brauchen die Unternehmen die Unterstützung der Banken.

Unabhängig von der Krise wollen wir eine neue Gründungskultur in Deutschland. Wir werden für Existenzgründerinnen und Existenzgründer flächendeckend neue Anlaufstellen in Form von One-Stop-Shops schaffen, den Zugang zu Wagniskapital erleichtern und gezielte Beratungsangebote entwickeln. Das Modell des High-Tech Gründerfonds soll gestärkt und auf andere Bereiche ausgedehnt werden.

Wir wollen bürokratische Hemmnisse für mittelständische Unternehmen weiter abbauen, indem wir u.a. Informations- und Statistikpflichten weiter reduzieren und Dokumentationspflichten auch auf elektronischem Wege ermöglichen.

Neben diesen Maßnahmen, von denen der Mittelstand insgesamt profitiert, sind speziell für den Bereich der Gastronomie vor allem noch folgende Positionen und Zielsetzungen der SPD von Relevanz:

Die SPD wird die Frage nach ermäßigten Steuersätzen auch für die Gastronomie im Rahmen der Neuordnung des Anwendungsbereichs des ermäßigten Umsatzsteuersatzes behandeln. Es entspricht der Beschlusslage der SPD, dass die ermäßigte Umsatzbesteuerung in Deutschland insgesamt zu überprüfen und neu auszurichten ist. Der aktuelle Katalog der Ermäßigungstatbestände lässt zweifelsohne eine überzeugende Systematik vermissen. Eine solche Überarbeitung muss nach klaren Kriterien erfolgen. Grundlage für Ermäßigungen sollte nach dem Parteitagbeschluss der SPD sein, dass es sich um Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs handelt oder solche, die für die Menschen von existenzieller Bedeutung sind.

Die Gastronomiebetriebe stellen eine beachtliche Zahl an Ausbildungsplätzen in der gesamten Tourismuswirtschaft. Die SPD steht für eine neue Bildungsoffensive: Bildung und Ausbildung werden zum Leitprojekt einer guten Wirtschaftspolitik. Wir wollen bis 2020 massiv in Bildung investieren, damit der Fachkräftemangel nicht zur Wachstums- und Wohlstandsbremse wird. Wir werden uns auch dafür einsetzen, die Attraktivität der Ausbildungsberufe im Bereich der Gastronomie weiter zu erhöhen.

Der Weiterbildung kommt auch im Bereich der Gastronomie eine doppelte Schlüsselrolle zu. Nur mit ihrem Ausbau wird es gelingen, jeder und jedem Einzelnen die Möglichkeit zu sichern, Qualifikationen und Kompetenzen durch lebenslanges Lernen kontinuierlich zu erhalten, zu erneuern und auszubauen. Davon profitieren vor allem auch die Unternehmen, die mit differenzierten und maßgeschneiderten Qualifizierungsangeboten flexibel auf Anforderungen von Markt, Betrieb und Technik reagieren können. Unser Ziel ist es, die Beteiligung an der formalisierten Weiterbildung bis 2015 auf 60 Prozent zu erhöhen (2007: 43 Prozent). Die SPD wird weiter darauf hinwirken, dass auch in der Gastronomie eine kontinuierliche Weiterbildung zur Normalität wird.